

Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie auch Recht herzlich zum Entbürokratisierungsgipfel der Ruhrgebietskonferenz Pflege.

Unsere heutige Veranstaltung findet in einer Woche statt, die recht turbulent und ereignisreich war. Ein neuer Papst ist gestern gewählt worden, Dienstag in dieser Woche ist der neue Bundeskanzler Friedrich Merz in sein Amt gewählt worden. Der Papst im vierten Wahlgang. Merz im zweiten, dazu gab es durchaus unterschiedliche Bewertungen, aber das ist heute nicht mein Thema. Das neue Kabinett steht, die neuen Ministerinnen und Minister sind vereidigt worden, die Amtsübergaben haben stattgefunden, die Arbeit kann beginnen. Wir haben mit Frau Nina Warken eine neue Ministerin für Gesundheit. Zunächst einmal ist es, glaube ich, wichtig und angemessen den neuen Verantwortlichen eine glückliche Hand in schwierigen Zeiten zu wünschen. Die Herausforderungen sind riesig, die Erwartungen – auch unsere Erwartungen – sind groß. Gerade in unserer Branche, der Sozial und Gesundheitswirtschaft stehen wichtige und notwendige und sicher auch umfassende und schwierige Entscheidungen an.

Roland Weigel hatte es bereits gesagt. Ich bin nun seit über 36 Jahre in verschiedensten Funktionen der Altenpflege tätig. In diesen vielen Jahren habe ich viele Regierungen kommen und gehen, viele Bundesgesundheitsminister kommen und gehen, viele Koalitionsverträge und Parteiprogramme auf Landes-

und Bundesebene gelesen. Ein Thema ist in den letzten 36 Jahren immer wieder auf der politischen Ankündigungsagenda ganz oben gestanden - das Thema Deregulierung und Entbürokratisierung, auch und insbesondere im Gesundheitswesens. Ich könnte jetzt abendfüllende Vorträge über Ankündigungen zur Entbürokratisierung halten. Aber vielleicht. 3 Beispiele. Ich weiß nicht, wer sich noch erinnert von Ihnen, Philipp Rösler 2009 bis 2011 Minister für Gesundheit sagte. Zitat: „**Wir wollen weniger Bürokratie. Wir wollen, dass Pflegekräfte wieder mehr Zeit haben für die Pflege. Wir wollen, dass der Mensch im Mittelpunkt steht.**“ Das war im März 2011 Zitat Ende.

Im Koalitionsvertrag der Ampel. Regierung vom 7.12.2021 unter dem Titel „Mehr Fortschritt wagen“ stand - ich zitiere. „**Durch einen Bürokratieabbaupaket bauen wir Hürden für eine gute Versorgung der Patientinnen und Patienten ab. Die Belastung durch Bürokratie und Berichtspflichten jenseits gesetzlicher Regelungen werden kenntlich gemacht Zitat ende**“.

Im neuen Koalitionsvertrag von SPD, CDU und CSU unter dem Titel Verantwortung für Deutschland steht im Kapitel Bürokratieabbau im Gesundheitswesen in den Zeilen 3493 bis 3497 ich zitiere, „**Wir verringern Dokumentationspflichten und Kontrollpflichten durch einen Bürokratieentlastungsgesetz im Gesundheitswesen massiv, etablieren eine Vertrauenskultur und stärken die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Professionen statt sie mit Bürokratie aus Gesetzgebung und**

***Selbstverwaltung zu lähmen alle Gesetze in diesem Bereich werden wir einem Praxis check unterziehen“
Zitat Ende.***

Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, zumindest in den letzten Jahren ist zum Thema Entbürokratisierung rhetorisch immer wieder einiges gewagt und angekündigt worden. Leider ist es aus unserer Sicht bisher überwiegend bei Ankündigung geblieben. Gefühlt ist mit jeder neuen Bundesregierung, aber auch Landesregierung hier in NRW, der Bürokratieabbau zwar laut und prominent proklamiert worden, aber der tatsächliche bürokratische Aufwand für uns in der Praxis ist real jedes Jahr konstant gestiegen. Wir werden heute im Laufe der Veranstaltungen von vielen Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis der ambulanten und stationären Pflege, aber auch aus der Selbsthilfe der An- und Zugehörigen viele Beispiele des alltäglichen bürokratischen Wahnsinns hören.

Sie werden vielleicht verstehen, dass jemand wie ich, der sich mit vielen anderen Mitstreiterinnen und Mitstreiter seit vielen Jahren überwiegend eher vergeblich dafür einsetzt, dass die Herausforderung des demografischen Wandels und der damit einhergehenden Herausforderung der pflegerischen Versorgung von den politischen Verantwortlichen auch tatsächlich erkannt wird und mit tatsächlich konkreter Politik angegangen wird, eher sehr enttäuscht zurück und auch nicht besonders optimistisch nach vorne schaut. Gestatten sie mir einen Blick zurück, auch weil damit vielleicht deutlich wird, wie stark das Vertrauen in die Politik auch bei großen Teilen der Verantwortlichen in der Pflege

gesunken ist. Auch hier noch einige Zeilen aus dem Koalitionspapier der alten Ampelregierung von 2021

„... Wir wollen einen Aufbruch in eine moderne sektorenübergreifende Gesundheits- und Pflegepolitik...Wir werden in der stationären Pflege die Eigenanteile begrenzen und planbar machen...Die Ausbildungskostenumlage werden wir aus den Eigenanteilen herausnehmen und versicherungsfremde Leistungen wie die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige und die pandemiebedingten Zusatzkosten aus Steuermitteln finanzieren, sowie die Behandlungspflege in der stationären Versorgung der gesetzlichen Krankenversicherung übertragen und pauschal ausgleichen...“

Tatsächlicher Umsetzungsgrad der angekündigten Maßnahmen gleich null. Die Regierungszeit der Ampel von 2021 – bis im April 2025 und die Amtszeit des nun ehemaligen Gesundheitsministers Prof. Dr. Lauterbach war für die Pflege eine verlorene Zeit, das muss nüchtern und ohne jegliche Polemik festgestellt werden und darf sich so nicht wiederholen, dafür ist die Situation zu ernst. Dieses Delta zwischen Ankündigung und Umsetzung schafft Politikverdrossenheit und ist auf Zeit nach meiner festen Überzeugung demokratiegefährdend.

Dabei mangelt es nicht an konkreten Vorschlägen seitens der Anbieterseite, viele Konzepte z.B. von uns als Ruhrgebietskonferenz Pflege, vom DEVAP und der Initiative Pro Pflegereform liegen vor, (aktuelles Rothgang Gutachten zur Finanz- und Strukturreform der

Pflegeversicherung) mangelt nicht an den Erkenntnissen, sondern am politischen Willen der Umsetzung. Wird sich das ändern, hat die neue Regierung den Mut und den Gestaltungswillen für längst überfällige Reformen? Wir werden sehen und den Prozess – auch als Ruhrgebietskonferenz Pflege – weiter kritisch, aber in der Sache konstruktiv begleiten. Immerhin hat der neue Bundeskanzler erklärt, dass die notwendigen Reformen der Sozialsystem, Rente und Pflege, eine der wichtigsten, aber auch schwierigsten Projekte der neuen Regierung werden. Die festgeschriebenen Inhalte des Sondierungspapiers der AG 6 Gesundheit und Pflege und der dann Inhalt zum Thema Pflege im Koalitionspapier sind m.E. eher ernüchternd und geben für übergroßen Optimismus aus meiner Sicht leider wenig Anlass.

Dennoch steht im Sondierungspapier der AG 6 Gesundheit & Pflege ein wichtiger Satz, der für mich der Maßstab für die konkrete Politik für die nächste Legislatur werden sollte.:

„...Die Herausforderungen in der Pflege zu bewältigen ist eine Generationenaufgabe. Dazu braucht es einen Paradigmenwechsel hin zu mehr Vertrauen und weniger Bürokratie...“

Genau dieses Vertrauen seitens der Kostenträger, der Verwaltungen, der Ministerien, ist wohl das, was wir als Unternehmen, wir als Verantwortliche in den Unternehmen in den letzten Jahren am meisten vermissen. Wir als Ruhrgebietskonferenz Pflege haben

das mal als TRUST IN CARE, benannt. **Wir** können Pflege, **wir** wissen wie professionelle Pflege organisiert und sichergestellt werden kann, man muss uns nur lassen und vertrauen. Wir meinen damit wohlgemerkt kein bedingungsloses Vertrauen, natürlich braucht es Kontrolle, aber diese sollte in Art und Umfang angemessen sein. Aber diese Angemessenheit ist längst verloren gegangen. Grund dafür ist ein grundsätzliches Klima des Misstrauens, das ist der eigentliche Grund für völlig überzogene Regulierung und Bürokratie. Man ist immer noch der Ansicht mit viel Kontrolle und Prüfungen Qualität in Einrichtungen quasi reinzwingen zu können. Dabei wissen wir längst, qualitativ gute Pflege entsteht dort, wo gut ausgebildete, motivierte, wertgeschätzte und gut bezahlte Mitarbeitende ihre Arbeit machen können.

Misstrauen z.B. der Kostenträger macht jede Vergütungsverhandlung zu einem monatelangen Tauziehen, das wohl zukünftig wohl immer öfter vor Schiedsstellen oder Gerichten enden wird – und durch die zeitversetzte Berücksichtigung massiv steigender Kosten die Pflegeeinrichtungen an den Rand der wirtschaftlichen Existenzfähigkeit oder gleich ganz in die Insolvenz führt. Wo Personalkosten beispielsweise durch Tarifierhöhungen steigen, muss doch eine unkomplizierte und unbürokratische Refinanzierung eben dieser Steigerungsraten doch selbstverständlich sein. Durch das überbürokratische Verhandlungsverfahren kommen doch längst auch die Kostenträger selbst in Bedrängnis. Sie können die vielen Verhandlungen doch gar nicht mehr administrieren und

zumindest in Westfalen haben wir längst einen immensen Verhandlungsstau.

Dazu kommen die langen Prüf- und Bearbeitungszeiten der örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträger im Bereich Hilfe zur Pflege. Hier führen die nicht selten 12 – 24 Monate langen Bearbeitungszeiten zu massiven Liquiditätsproblemen der Träger. Warum sind da keine unbürokratischen Abschlagszahlungen möglich? Bei der Beantwortung dieser Frage werden wir gerne von der Kommune an das Land verwiesen und vom Land wieder zurück an die Kommune. Das nenne ich organisierte Verantwortungslosigkeit.

Misstrauen ist wohl auch der Grund dafür, dass der notwendige Zuzug und die Integration internationaler Pflegekräfte dadurch gebremst wird, dass Kolleginnen und Kollegen und wir Arbeitgeber für die Anerkennung einer dreijährigen Ausbildung oder sogar eines Studium im Durchschnitt 500 Tage darauf warten müssen, dass die deutsche Bürokratie einem fremden Dokument vertraut. 11.000 fertig ausgebildete Pflegekräfte stehen laut einer aktuellen Recherche von Plattform CORRECTIV seit Monaten im sogenannten Anerkennungsverfahren fest. Welche Behörde, wie entscheidet ist nicht nur von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich, sondern z.B. auch in NRW von Kommune zu Kommune. Das haben wir als Ruhrgebietskonferenz Pflege mal als bürokratischen Flickenteppich, oder als Balkanisierung der Sozialpolitik genannt.

Wer dann letztendlich komplett in die Welt der Regulierung und der Bürokratie abtauchen möchte, dem empfehle ich hier in NRW den Bau einer Einrichtung zu planen, oder im Bestand zu modernisieren. Sie werden schnell Bekanntschaft mit der DVO APG, einem Meisterwerk deutscher Bürokratiekunst, wie ein Kollege es einmal nannte machen und die Freude haben mit den Landschaftsverbänden (wir haben natürlich mit dem LVR und dem LWL 2 davon in NRW) und der Frage von „Must have“ und „nice to have“ zu streiten und wenn sie da durch sind haben sie das abschließende Vergnügen sich mit dem jeweiligen Baugenehmigungsverfahren und den Bauordnungsbehörden der Kommunen zu beschäftigen. Das kann in den 31 Kreisen und 22 kreisfreien Städten durchaus mit unterschiedlichem Tempo und Kundenorientierung geschehen. Ach ja, und dann bekommen sie sicher noch - je nach Standort - mit einer der 5 Bezirksregierungen in Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln oder Münster zu tun. Wer dann noch Lust zu bauen hat ist entweder Masochist, oder hat wirklich seine innere Mitte gefunden

Kommen wir zu einem weiteren Lehrstück deutscher Bürokratiekunst. Seit der Föderalismusreform 2007 haben in Deutschland die Länder die Aufgabe den ordnungsrechtlichen Teil der Heimgesetzgebung zu regeln. Das führt zu 16 unterschiedlichen Gesetzen in den Ländern, die nicht nur unterschiedlich heißen, sondern je nach Ziel und Herangehensweise auch komplett unterschiedlich gestaltet sind. Trägervertreter, die in mehreren Bundesländern aktiv sind, brauchen eine eigene Rechtsabteilung, um sich da

durchzukämpfen. Ich könnte jetzt lange so weiter berichten, aber mein Fazit ist: **Alles, und ich meine wirklich alles** muss auf den Prüfstand eines Praxischecks und kritisch hinsichtlich des wirklichen Nutzens betrachtet werden. Wir hoffen sehr auf einen echten Bürokratieabbau bei der gerade in Arbeit befindlichen Reform des WTG hier in NRW. Die Unternehmen des Ruhrgebietskonferenz haben dazu eine ganze Liste von konkreten Vorschlägen erarbeitet und an das MAGS geschickt. Schauen wir mal.

Alles auf den Prüfstand zu stellen bedeutet z.B. m.E. auch die Frage zumindest stellen zu dürfen, warum wir diesen Apparat des Medizinischen Dienstes brauchen, der im Übrigen jährlich ca. 1,1 Mrd Euro kostet und mittlerweile 4.400 gut ausgebildete Pflegekräfte und 2.100 Ärzte beschäftigt und bindet. Das führt oft zu skurrilen Situationen, dass ehemalige Mitarbeiterinnen jetzt als MA des MD in die Einrichtungen zurückkommen und überrascht feststellen, dass in der geprüften Einrichtung die Fachkraftquote nicht eingehalten werden kann. Warum gehe ich eigentlich noch ins Kabarett, wenn die Realsatire doch so unmittelbar spürbar und täglich erfahrbar ist?

Viele Bereiche in der Pflege werden dabei nicht nur einmal überprüft, sondern von mehreren Behörden gleich mehrfach. Da geben sich munter der Brandschutz, die WTG Behörde, der Infektionsschutz, die Berufsgenossenschaft, die Kreisapothekerin, das Gesundheitsamt usw. die Klinke in die Hand und binden fast täglich die ohnehin knappen Ressourcen unserer Mitarbeiter, frei nach dem Motto: **Viel hilft viel.**

Nur mal so nebenbei und als Gedanke. Zu Beginn des Jahres 2024 belief sich die Anzahl der organisatorisch und finanziell selbstständigen gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland auf 95. Lohnt die Frage im Hinblick auf Effizienz des Gesundheitswesens auch dort mal hinzuschauen, insbesondere weil der Leistungskatalog zu ca. 95% eh geregelt, wo ist da eigentlich der Wettbewerb?

Die so oft von Politikern angekündigte und vollmundig zugesagte Deregulierung und Entfesselung muss endlich auch vor Ort wirklich ankommen. Es gibt hoffnungsmachende Ansätze in Bayern und Baden - Württemberg. Dort werden Prüfungen und bürokratische Hemmnisse deutlich reduziert. Das ist der richtige Weg, muss sich aber konsequent durch alle Regelungsbereiche und alle Bundesländer ziehen. Vertrauen bedeutet auch, den Einrichtungen die Freiheit zu lassen, mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Personals so vielen Menschen wie möglich eine qualitätsgesicherte Versorgung anzubieten.

In einer Zeit, in der zukünftig immer mehr Menschen in die pflegerische Versorgung drängen und gleichzeitig immer weniger Menschen für die pflegerische Arbeit zur Verfügung stehen, müssen so viel Ressourcen wie möglich den pflegebedürftigen Menschen zur Verfügung stehen und so wenig wie möglich in bürokratische und administrative Tätigkeiten fließen. Es ist schlichtweg nicht hinzunehmen und auch nicht zu akzeptieren, dass nach seriösen Schätzungen zwischen 15 und 20 % der Arbeitszeit für das Führen von Nachweisdokumenten

bzw. für die Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung von externen Prüfungen gebraucht werde.

Ich könnte jetzt noch viel von bürokratischen Aufwänden in unseren Einrichtungen für die nicht refinanzierte Bearbeitung von so großartigen politischen Ideen, wie das Hinweisgeberschutzgesetz, die Nachhaltigkeitsberichterstattung, oder das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz erzählen, aber ich lass es jetzt mal gut sein.

Zum Abschluss meiner kurzen Einführung und der Skizze meiner Erfahrungen möchte ich auch noch einen selbstkritischen Blick auf uns als Verantwortliche und auf unsere Branche werfen. Man könnte auch sagen, jede Branche bekommt den Grad der Bürokratie, der Regulierung und der Bevormundung, den sie verdient. Wir schaffen es ja immer noch längst nicht ansatzweise unsere Interessen in der Branche stark und einheitlich gegenüber der Politik zu vertreten. Wir verlieren uns weiterhin in verbandspolitischen Eitelkeiten zwischen privatgewerblichen, kommunalen und freigemeinnützigen Interessen und dann gibt es auch noch die eigene Sehnsucht nach 100% Sicherheit und externer Absicherung eigener Risiken durch ebengenaue die bürokratischen Prüfungen, die man selbst kritisiert. Unternehmerische Freiheit kann nur da gefordert werden, wenn in den eigenen Reihen ausreichend Kompetenz und Bereitschaft dazu besteht. Da gibt es aus meiner Sicht auch noch viel Luft nach oben.

Dennoch definieren in unserem demokratischen System von **uns** gewählte Volksvertreterinnen und Vertreter,

Politikerinnen und Politiker auf Bundes,- Landes- und kommunaler Ebene weitgehend die Rahmenbedingungen unserer Arbeit. Wir haben als Verantwortliche die Pflicht und auch die Möglichkeit diese Arbeit durch konstruktive Mitarbeit kritisch zu begleiten und mitzugestalten. Es ist doch klar geworden, wir erwarten von der neuen Regierung Wort zu halten, wenn es um das Thema Deregulierung und Entbürokratisierung. **Papier ist geduldig, wir sind es nicht mehr. Wir brauchen jetzt mutige Reformen, starke Entscheidungen und einen deutlich wahrnehmbaren politischen Willen zur Umsetzung.**

Abraham Lincoln hat einmal gesagt,
Ausführungsbestimmungen sind Erklärungen zu den Erklärungen, mit denen man eine Erklärung erklärt.

Ganz in diesem Sinne ist die Zeit der Kommissionen vorbei, wir brauchen m.E. auch keine Bund-Länder Arbeitsgruppe auf Ministerebene, so wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, die die Grundlagen einer grundlegenden Reform der Pflegeversicherung erarbeitet, denn noch einmal die Erkenntnisse sind da, wir brauchen politische Performance. Ich habe ja einmal zugegebenerweise etwas spöttisch gefragt, ob denn nicht zunächst eine Kommission eingesetzt wird, die eine Notwendigkeit prüft, ob eine Kommission eingesetzt wird, die einen Prüfauftrag bekommt die Frage zu beantworten, ob und in welcher Weise eine umfassende Reform der Pflegeversicherung notwendig ist. In der Zwischenzeit geht die Pflegeversicherung in die

Zahlungsunfähigkeit und/oder die Beiträge steigen weiter, die Eigenanteile der Bewohner gehen weiter unter die Decke, Pflege wird immer mehr zum Armutsrisko Nummer 1, Pflege ist dann spätestens unbezahlbar, die Belastungen der Kommunen im Bereich Hilfe zur Pflege explodieren in dem Zusammenhang weiter. Also es drängt wirklich.

Wenn es denn doch unbedingt eine Kommission geben muss, dann bitte nicht nur unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände, die ist sehr wichtig, weil die Kommunen der Ort der Daseinsfürsorge ist und bleibt, sondern auch unter Beteiligung von uns der Praxis, den Arbeitgebern und Unternehmen; denn wir wissen wie es geht.

In diesem Sinne bleibe ich trotz aller Zweifel hoffnungstun und zuversichtlich. Bleiben sie es bitte auch. **Resignation ist keine Option.**

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.